



Alle Haushalte sind von den drastischen Erhöhungen der Energie- und Heizungskosten betroffen. Vielen geht das an die Substanz. Die gesellschaftliche Verrohung wird zunehmen, weil mehr Verteilungskämpfe drohen. In einem reichen Land darf das nicht sein. Aber was kann die Politik auf kommunaler Ebene ändern?

Die vom Bund beschlossene Einmalhilfe „Energiezuschuss“ von 300 bzw. 200 Euro ist nur ein Topfen, zumal auch noch unklar ist, ob ihn auch die Renter*innen erhalten. In dieser Situation ist es geboten, dass die Thüringer Kommunen mögliche Hilfsangebote zur sozialen Abfederung diskutieren und beschließen. Die Betroffenen erwarten zurecht ein Signal der Kommunen für Hilfsangebote. Die Sozialgesetzbücher (SGB) bieten hier durchaus einen Katalog von Hilfsmaßnahmen.

Die Gemeinde- und Stadträte sowie Kreistage sollten hier ausdrücklich die Verwaltungen auffordern und unterstützen, auf Grundlage der Sozialgesetzbücher rechtzeitig Hilfen für Betroffene auf den Weg zu bringen.

Da die Energiekosten nicht Bestandteil der Kosten der Unterkunft sind, sondern aus den Regelsatzleistungen finanziert werden, ist eine Anpassung der Regelsätze durch den Bund einzufordern. Hier sollten die Kommune klare Forderungen stellen.

Die Stadtwerke und kommunalen Wohnungsunternehmen sind aufgefordert, das Ermessen bei der Stundung von Forderungen im Interesse der Betroffenen auszuschöpfen.

45.000 Einwohner zählte Lusan 1990. Heute leben noch nur halb so viele Menschen dort. Allein damit wäre Lusan größer als viele Thüringer Kreisstädte. Zum 50. Geburtstag am 2. Juli wurde groß gefeiert.

Die Menschen im Stadtteil müssen die Möglichkeit bekommen, selber mehr mitzugestalten, auf drängende Probleme hinzuweisen und eine Lösung vom Oberbürgermeister einzufordern. So wäre die Gründung eines Lusener Ortsteilrates tatsächlich ein nachhaltiges „Geschenk“ für eine gute Zukunft des Stadtteils. Durch die Möglichkeiten eines kommunalrechtlich legitimierten Gremiums, monatlich die vielen konkreten Probleme direkt mit den Verantwortlichen in der Verwaltung anzusprechen, werden schnelle Lösungen ermöglicht. Nicht zuletzt mit einer Ortspauschale, die dem Stadtteil dann jährlich zur Verfügung steht.

Kommunen müssen Hilfe leisten

Alle Preise explodieren – Ob Lebensmittel, Mieten oder Fitnessstudio. Der Kommunalexperte Frank Kuschel (LINKE) erklärt, wie die Kommunen Betroffenen schnell helfen könnten.



Essen oder Heizen? Ein Frage, die sich im Winter viele stellen könnten, wenn es keine Hilfe von Kommunen, Ländern und Bund gibt.

Die Kunden und Mieter müssen dabei über die möglichen Hilfsangebote zeitnah informiert werden. Heizkosten sind Betriebskosten und damit für Leistungsbezieher nach SGB II und XII bzw. Wohngeldberechtigte Bestandteil der Kosten der Unterkunft bzw. der Berechnung des Wohngeldes. Hier kann davon ausgegangen werden, dass gestiegene Heizkosten zu einer Anpassung nach dem Grundsatz der Angemessenheit erfolgt, da diese sich an der Ortsüblichkeit orientieren müssen.

In der kommunalen Praxis sind hier jedoch bei bestimmten Fallgruppen Probleme aufgetreten, bei denen die Sozialverwaltung nicht die Ist-Kosten erstattet hat, sondern Pauschalierung nach Erfahrungswerten vorgenommen wurden.

Energiekosten sind kein Bestandteil der Betriebskosten und müssen deshalb aus den Regelsatzleistungen oder dem erzielten Einkommen finanziert werden.

Hier muss im Einzelfall die Sozialverwaltung über Hilfen entscheiden.

Der Katalog der Hilfen ist hier im SGB XII enthalten.

Ohne Bund und Länder werden die Kommunen allein nicht die notwendige soziale Abfederung leisten können. Doch nichts zu tun und zu warten, bis Bund und Länder handeln, ist für die Betroffenen auch keine Lösung. Die Kommunen müssen sofort im Rahmen der gebotenen rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten den Betroffenen Hilfe leisten.

Ein Ortsteilrat zum 50.

Der Stadtteil Gera-Lusa hat mehr Einwohner als viele Kreisstädte. Andreas Schubert (LINKE) wünscht sich deshalb endlich eine Gremium, das mehr Mitgestaltung ermöglicht.



Die noch jungen Plattenbauten in Gera-Lusan im Jahr 1981.

Klimapavillion

Auf dem Youtube-Kanal der Thüringengestalter gibt es einen Mitschnitt einer Veranstaltung mit Erfurter Verkehrsdezernenten Matthias Bärwolff. Unter der Überschrift „Mobilität für den Klimaschutz“ ging es um E-Mobilität, ÖPNV, Radverkehr und die Vision einer autofreien Zukunftsstadt.

Impressum

DIE THÜRINGENGESTALTER
Kommunalpolitisches Forum
Thüringen e.V.
V.i.S.d.P.: Markus Gleichmann
Landesgeschäftsstelle
Trommsdorffstraße 4
99084 Erfurt
Telefon: 0361 54128389